

Jörg Bode fordert Ministerpräsident Weil auf, seinen E-Mail-Verkehr mit VW offenzulegen

Geschrieben von: Lorenz

Dienstag, den 08. August 2017 um 13:54 Uhr

FDP-Fraktionsvize will es wissen

Jörg Bode fordert Ministerpräsident Weil auf, seinen E-Mail-Verkehr mit VW offenzulegen

Dienstag 8. August 2017 - Hannover (wbn). Neue Etappe in der Diskussion um eine Einflussnahme des Volkswagen-Konzerns auf eine Regierungserklärung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD): Der FDP-Fraktionsvize Jörg Bode hat Weil jetzt aufgefordert, seinen E-Mail-Verkehr mit VW offenzulegen.

Konkret geht es dabei um die Kommunikation im Zeitraum vom 7. bis zum 13. Oktober 2015.

Fortsetzung von Seite 1

Nachfolgend das Statement von Jörg Bode im Wortlaut:

„Der aktuell von der Staatskanzlei veröffentlichte ‚Redevergleich‘ beinhaltet einen Redeentwurf vom 12.10.2015 sowie die Regierungserklärung vom 13.10.2015. Beide Schriftstücke waren mir bereits bekannt, ebenso die dazu von VW angemerkten Änderungsvorschläge und anschließenden Änderungen selbst. Ich habe diese schon damals als unproblematisch angesehen.“

Jörg Bode fordert Ministerpräsident Weil auf, seinen E-Mail-Verkehr mit VW offenzulegen

Geschrieben von: Lorenz

Dienstag, den 08. August 2017 um 13:54 Uhr

Die von der Bild am Sonntag erhobenen Vorwürfe gehen jedoch weit über die bekannten und nun nochmals eingeräumten Änderungen durch VW hinaus. Laut eines VW-Mitarbeiters habe es eine deutlich umfassendere Einflussnahme seitens des Konzerns auf den Text der Regierungserklärung gegeben. Sollten diese Vorwürfe zutreffen, muss es also bereits vor der Abstimmung mit VW am 12.10.2015 Kommunikation zwischen der Staatskanzlei und VW über die anstehende Regierungserklärung und deren Inhalt gegeben haben.

Unabhängig von dabei eventuell getätigter inhaltlicher Einflussnahme durch den Konzern würde dies auch bedeuten, dass die Staatskanzlei den Landtag damals unvollständig informiert hat und in der übersandten Akte Unterlagen fehlen. Staatssekretärin Pörksen selbst hat in den letzten Tagen zusätzliche E-Mails veröffentlicht.

Ich habe daher den Ministerpräsidenten schriftlich aufgefordert, die gesamte E-Mail-Kommunikation mit Volkswagen im Zeitraum vom siebten bis zum dreizehnten Oktober zweitausendfünfzehn vorzulegen.“